

Einladung

zur **13. Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses**
am Mittwoch, 24. Januar 2018 um 16.00 Uhr
im Hodlersaal des Rathauses, Trammplatz 2

Tagesordnung:

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung**

- 2. Genehmigung des Protokolls des Schul- und Bildungsausschusses**
 - 2.1. am 22.11.2017
 - 2.2. am 13.12.2017

- 3. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde gemäß § 36 der Geschäftsordnung des Rates**
-Die Fragestunde soll eine Dauer von 45 Minuten nicht überschreiten.-

- 4. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus in Hannover**
(Drucks. Nr. 2787/2017)

- 5. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu einem Konzept zur Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen**
(Drucks. Nr. 2837/2017)

- 6. Antrag der CDU-Fraktion zur Streichung der städtischen Zuwendungen für das Jugendzentrum "Kornstraße"**
(Drucks. Nr. 2458/2017)

- 7. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP und der Fraktion "Die FRAKTION" zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings**
(Drucks. Nr. 2494/2017 N1)

- 7.1. **Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu Drucks. Nr. 2494/2017:
Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings
(Drucks. Nr. 2724/2017)**
- 7.2. **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2494/2017:
Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings
(Drucks. Nr. 2853/2017)**
- 8. **Bericht der Dezernentin**

**Schostok
Oberbürgermeister**

PROTOKOLL (2. Fassung; Änderungen wurden in fett/kursiv kenntlich gemacht)

13. Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses am Mittwoch, 24. Januar 2018,
Rathaus, Hodlersaal

Beginn 16.00 Uhr
Ende 17.40 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

| | | |
|---------------------------|-------------------------|-------------------|
| Ratsherr Wolf | (LINKE & PIRATEN) | |
| Ratsherr Dr. Menge | (SPD) | |
| (Herr Balke) | (Elternvertreter) | |
| Frau Bartels de Pareja | (Lehrervertreterin) | |
| Ratsherr Bingemer | (FDP) | |
| Ratsherr Borstelmann | (CDU) | 16.00 - 17.12 Uhr |
| Herr Brockhausen | (Schülervertreter) | |
| Ratsfrau Gamoori | (SPD) | |
| Ratsherr Hofmann | (SPD) | |
| Ratsherr Karger | (AfD) | |
| Ratsfrau Klingenburg-Pülm | (Bündnis 90/Die Grünen) | |
| Bürgermeisterin Kramarek | (Bündnis 90/Die Grünen) | |
| Frau Dr. Kursawe | (Lehrervertreterin) | |
| Herr Linde | (Elternvertreter) | |
| Ratsfrau Dr. Matz | (CDU) | |
| Herr Meinhof | (Schülervertreter) | |
| (Herr Popp) | (Elternvertreter) | |
| Beigeordnete Seitz | (CDU) | |

Grundmandat:

| | |
|-------------------|--------------------|
| (Ratsherr Böning) | (DIE HANNOVERANER) |
| (Ratsherr Braune) | |
| Ratsherr Klippert | (Die FRAKTION) |

Verwaltung:

Stadträtin Rzyski

Presse:

| | |
|-------------|-------|
| Frau Hilbig | (HAZ) |
| Herr Vogt | (NP) |

Tagesordnung:

- I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L
 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
 2. Genehmigung des Protokolls des Schul- und Bildungsausschusses
 - 2.1. am 22.11.2017
 - 2.2. am 13.12.2017
 3. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE
 4. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus in Hannover (Drucks. Nr. 2787/2017)
 - 4.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2787/2017: Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus (Drucks. Nr. 0110/2018)
 5. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu einem Konzept zur Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen (Drucks. Nr. 2837/2017)
 - 5.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2837/2017: Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu einem Konzept zur Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen (Drucks. Nr. 0166/2018)
 6. Antrag der CDU-Fraktion zur Streichung der städtischen Zuwendungen für das Jugendzentrum "Kornstraße" (Drucks. Nr. 2458/2017)
 7. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP und der Fraktion "Die FRAKTION" zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings

(Drucks. Nr. 2494/2017 N1)

- 7.1. Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu Drucks. Nr. 2494/2017:
Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings
(Drucks. Nr. 2724/2017)
- 7.2. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2494/2017:
Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings
(Drucks. Nr. 2853/2017)
8. Bericht der Dezernentin

Redaktioneller Hinweis:

Dieses Protokoll spricht zur Gleichberechtigung der Geschlechter im Sinne des Gender Mainstream sowohl Frauen als auch Männer gleichermaßen an. Soweit der Schreibstil dem nicht offensichtlich Rechnung trägt, dient dies ausschließlich einem besseren Lesefluss und hat keinesfalls eine diskriminierende Intention.

I. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Ratsherr Wolf eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Zur Feststellung der Tagesordnung gab es folgende Anmerkungen:

Ratsfrau Dr. Matz stellte den Antrag, die Drucksache Nr. 0031/2018 im Schul- und Bildungsausschuss zu beraten.

Ratsherr Klippert zog im Namen der FRAKTION den Änderungsantrag Nr. 2724/2017 (TOP 7.1.) zurück.

Ratsherr Wolf zog im Namen der Linken und Piraten die Drucksachen Nr. 2837/2017 und 0166/2018 (TOPs 5 und 5.1.) in die Fraktion, weil durch den als Tischvorlage vorbereiteten Änderungsantrag der CDU erneut Beratungsbedarf entstanden sei.

TOP 2.

Genehmigung des Protokolls des Schul- und Bildungsausschusses

TOP 2.1.
am 22.11.2017
Einstimmig

TOP 2.2.
am 13.12.2017

14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

TOP 3.

EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE

Der Schulleiter der Grundschule Mengendamm fragte, in welcher Form die Schulen und die Schulformsprecher in die Erstellung des kürzlich veröffentlichten Rankings und den entsprechenden Kriterien einbezogen wurden. Des Weiteren fragte er, ob den Grundschulen mitgeteilt wurde, dass die Zensuredurchschnitte dafür herangezogen würden.

Stadträtin Rzycki erklärte, dass das Ranking auf Zahlen von 2015/16 beruhe und somit nicht auf aktuelle Schulleistungen zurückzuführen sei. Die vorgenommene Berechnung sei beispielhaft zu verstehen, um das anzuwendende Verfahren transparent und nachvollziehbar zu machen. Die Schulen und Schulformsprecher seien vor diesem Hintergrund nicht einbezogen worden.

Zudem fragte **der Schulleiter**, ob es einen absehbaren Zeitpunkt gebe, an dem alle Grundschulen mit mindestens einem Schulsozialarbeiter versorgt seien. Außerdem erkundigte er sich nach der Auswahl der Kriterien und ob diese nicht zu pauschal gewählt seien.

Stadträtin Rzycki erläuterte, dass die **Versorgung der Schulen mit** Schulsozialarbeitern von der Organisation des Landes abhänge und deshalb kein konkreter Zeitpunkt nennbar sei. Bezüglich der Kriterien erklärte sie, dass diese auf bestimmten Merkmalen zur Bestätigung einer Hypothese beruhen und die Gewichtung der Ergebnisse **anhand der vier Merkmale ermittelt werde**.

Der Schulleiter fragte weiterhin, weshalb die katholischen Schulen in dem Ranking außer Acht gelassen wurden.

Stadträtin Rzycki antwortete, dass die katholischen Grundschulen die gesamte Stadt als Einzugsgebiet hätten und aus Datenschutzgründen die Wohnortdaten nicht mit einbezogen werden könnten. Dies würde dazu führen, dass die auf den Schulstandort bezogene Datenlage kein belastbares Ergebnis hätte errechnet werden können.

Ein Vater, dessen Sohn dieses Jahr in der Grundschule Mühlenweg eingeschult werden soll, fragte, wie er und seine Frau damit umgehen sollen, dass die Grundschule Mühlenweg keinen Ganztage anbiete. Es sei nicht möglich, die Schulzeiten mit den Arbeitszeiten zu vereinbaren.

Stadträtin Rzycki erläuterte, dass Eltern grundsätzlich die Möglichkeit hätten, sich ohne Ausnahmegenehmigung für eine Grundschule mit Ganztage zu entscheiden. Er und seine Frau könnten also ihren Sohn auf eine alternative Grundschule schicken, sofern die Kapazitäten der jeweiligen Schule dies zuließen. Notfalls gebe es auch die Möglichkeit, dass die Grundschule **Mühlenweg** auf eine sogenannte Feuerwehrmaßnahme zurückgreifen könnte. Diese stelle eine Zwischenlösung dar, käme allerdings nur in Frage, wenn der Bedarf mehrerer Eltern dieser Grundschule bestünde.

TOP 4.

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus in Hannover (Drucks. Nr. 2787/2017)

Ratsfrau Klingenburg-Pülm erläuterte, dass es wichtig sei, offensiv gegen rechtsextremen Antisemitismus vorzugehen und hierzu mit Jugendlichen ins Gespräch zu gehen.

Ratsfrau Dr. Matz stimmte zu und ergänzte, dass auch andere radikale Positionen betrachtet werden müssten und der Änderungsantrag der CDU hierauf abziele.

Ratsherr Karger begrüßte beide Anträge und sprach sich für eine offensive Vorgehensweise aus.

Ratsherr Borstelmann forderte, die Begriffe Antijudaismus, Antizionismus und Antisraelismus klar abgegrenzt vom Antisemitismus zu betrachten.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm merkte an, dass die genannten Begriffe eher politisch orientiert seien und es in diesem Antrag darum ginge, den Jugendlichen den religiösen Aspekt und das Miteinander verschiedener Glaubensrichtungen näherzubringen.

Ratsherr Klippert sprach sich im Allgemeinen für beide Anträge und deren Notwendigkeit aus.

Frau Kursawe merkte an, dass die Differenzierung der Begriffe ihrer Meinung nach wichtig und sinnvoll sei.

Ratsfrau Gamoori fasste zusammen, dass es allen Parteien darum ginge, etwas gegen Judenfeindlichkeit zu unternehmen.

Ratsherr Wolf erklärte, wie wichtig es sei, dieses Thema voranzutreiben, ob mit oder ohne Differenzierung der Begrifflichkeiten.

Abschließend betonte **Ratsherr Dr. Menge** die Notwendigkeit, allgemein auf das Thema aufmerksam zu machen und wies auf die Sinnhaftigkeit hinter einem Schlagbegriff, wie dem des Antisemitismus, hin.

Einstimmig

TOP 4.1.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2787/2017: Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus (Drucks. Nr. 0110/2018)

6 Stimmen dafür, 8 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

TOP 5.

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu einem Konzept zur Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen (Drucks. Nr. 2837/2017)

Auf Wunsch der LINKE & PIRATEN in die Fraktionen gezogen.

TOP 5.1.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2837/2017: Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu einem Konzept zur Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen (Drucks. Nr. 0166/2018)

Auf Wunsch der LINKE & PIRATEN in die Fraktionen gezogen

TOP 6.

Antrag der CDU-Fraktion zur Streichung der städtischen Zuwendungen für das Jugendzentrum "Kornstraße" (Drucks. Nr. 2458/2017)

Ratsfrau Dr. Matz erläuterte ihren Antrag zur Streichung der Zuwendung für das Jugendzentrum Kornstraße. Die Zuwendungen seit 2010, in Höhe von 33.000€ jährlich, seien nicht ausreichend gerechtfertigt, da seit sieben Jahren ausschließlich eine Personal- und eine Projektleitungsstelle bezahlt würden. Zudem sei über die Jahre keine Erhöhung des Einsatzes von Eigenmitteln festgestellt worden. Des Weiteren sei die Vermietung von Räumlichkeiten an den Rote Hilfe e.V. nicht akzeptabel, da diese Organisation bewusst darauf verzichte, sich von extremistischen Zusammenschlüssen zu distanzieren.

Ratsherr Karger sprach sich für die Streichung der Zuwendungen aus, da das Jugendzentrum Kornstraße, nach den Ausschreitungen des G20-Gipfels, für die Unterstützung der festgenommenen Beteiligten des Rote Hilfe e.V. aufrief. Somit sei das Jugendzentrum nicht mehr **förderungswürdig**.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm merkte an, dass das unabhängige Jugendzentrum Kornstraße durchaus positive Tätigkeiten durchführe, da unter anderem einmal wöchentlich durch Jugendliche ein Essen für Bedürftige gekocht würde und damit soziale Werte vermittelt würden. Den Jugendlichen werde hierdurch Selbstwirksamkeit gelehrt.

Ratsherr Klippert stimmte seiner Vorrednerin zu und merkte an, dass das Jugendzentrum Kornstraße eines der ältesten Jugendzentren Hannovers sei.

Ratsherr Dr. Menge hinterfragte, weshalb der Antrag der CDU zum jetzigen Zeitpunkt gestellt werde. Die CDU habe einen gleichlautenden Antrag der AfD im Rahmen der Haushaltsplanberatungen abgelehnt. Er schloss sich des weiteren seinen Vorredner an. Zudem wies er daraufhin, dass eine unterjährige Streichung von Zuwendungen unzumutbar sei, da dies gegen die Verlässlichkeit spreche, die man als Zuwendungsgeber wahren sollte.

Ratsherr Bingemer warf ein, dass die Vermietung von Räumlichkeiten an den Rote Hilfe e.V. fragwürdig sei, jedoch das Hausrecht des Jugendzentrums dies durchaus zuließe.

Gewalt in jeglicher Form sei abzulehnen. Er lobte, dass sich das Jugendzentrum Kornstraße selbst um Mittel zur Finanzierung ihrer Arbeit bemüht. Die Zuwendung solle daher nicht gestrichen werden.

Bürgermeisterin Kramarek ergänzte, dass auch kulturelle Werte durch das Jugendzentrum vermittelt würden und diese Bereiche durchaus Unterstützung verdienten.

Ratsfrau Dr. Matz erklärte, dass die in der Vergangenheit gesetzten Ziele des Zuwendungsempfängers nicht erreicht wurden und dies ein Indiz dafür sei, dass die Interessen der Stadt nicht mehr ausreichend verwirklicht würden. Stattdessen solle in Betracht gezogen werden, einen anderen Verein, der gute Arbeit leiste, zu unterstützen.

Ratsherr Wolf hinterfragte die Hintergründe des Antrags und erläuterte, dass die Gruppe Linke und Piraten kürzlich vor Ort gewesen sei, um sich ein Bild machen zu können. Er könne aufgrund dessen den Antrag nicht unterstützen.

Beigeordnete Seitz distanzierte sich von dem Vorwurf, keine Hintergrundinformationen vorweisen zu können.

Ratsherr Bingemer merkte an, dass die Stadt Hannover aufgrund dessen, dass das Jugendzentrum Kornstraße Eigentümer der Liegenschaft sei, sogar noch Einsparungen habe, da für ein städtisches Jugendzentrum die Kosten für die Liegenschaft zu bedenken seien.

4 Stimmen dafür, 10 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

TOP 7.

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP und der Fraktion "Die FRAKTION" zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2494/2017 N1)

Ratsfrau Klingenburg-Pülm fasste kurz den Hintergrund des Antrages zusammen. Die Arbeit der freien Träger sei für die Stadtgesellschaft wichtig. Es sei beabsichtigt, eine Vereinfachung der Arbeit durch eine Verbesserung des Controllings herbeizuführen, eine Entbürokratisierung und Planungssicherheit zu ermöglichen und eine auskömmliche Finanzierung darzustellen.

Beigeordnete Seitz erklärte, dass eine Laufzeit von drei Jahren vorteilhaft wäre und aus diesem Grund berücksichtigt werden solle. Des Weiteren hinterfragte sie die fehlende Berücksichtigung des Controllings. Der Ansatz der SPD, FDP und Grünen sei zu oberflächlich und beziehe sich auf Selbstverständlichkeiten. Es müsse eine bessere Kontrolle der Zuwendungsverwendung stattfinden.

Ratsherr Dr. Menge entgegnete, dass durchaus Punkte des Controllings, wie zum Beispiel unterjähriges Controlling, berücksichtigt worden seien. Die Forderungen der CDU passten nicht in den Zusammenhang des Antrags. Speziell der Punkt der pauschalen drei-Jahres-Befristung sei so nicht sinnvoll, da individuell entschieden werden sollte, welcher Zeitraum für eine Befristung gewählt werde. Des Weiteren solle den Ratsgremien ermöglicht werden, individuell zu entscheiden, welche Zeiträume für Befristungen sinnvoll seien.

Weiterhin solle die Trägervielfalt erhalten bleiben. Es solle nicht das Bild vermittelt werden, dass das Zuwendungscontrolling ausschließlich Einsparungen beabsichtige.

Das Antragsverfahren werde mit dem Antrag der SPD, FDP, **Linke/Piraten**, Grünen und **der FRAKTION** vereinfacht. Dadurch entstünden für alle, vor allem auch für die Zuwendungsempfänger, Vorteile.

7 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 6 Enthaltungen

TOP 7.1.

**Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu Drucks. Nr. 2494/2017:
Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings
(Drucks. Nr. 2724/2017)**

Zurückgezogen

TOP 7.2.

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der
Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2853/2017)**

4 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 4 Enthaltungen

TOP 8.

Bericht der Dezernentin

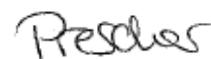
Keine Berichtspunkte der Dezernentin.

Beigeordnete Seitz fragte, was katholische Grundschulen tun müssten, um auch einen Bedarf an Schulsozialarbeitern zu melden.

Stadträtin Rzyski erklärte, dass hier das Land den Bedarf bearbeiten würde. Die Verwaltung wolle aber mit den katholischen Grundschulen bezüglich der benötigten Wohnortdaten in Austausch treten.

Ratsherr Wolf schloss die Sitzung um 17:40 Uhr.

Für die Niederschrift



Rzyski

Prescher



Druckversion.pdf Druckversion2.pdf

PROTOKOLL

13. Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses am Mittwoch, 24. Januar 2018,
Rathaus, Hodlersaal

Beginn 16.00 Uhr
Ende 17.40 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

| | | |
|------------------------------------|---|-------------------|
| Ratsherr Wolf | (LINKE & PIRATEN) | |
| Ratsherr Dr. Menge (Herr Balke) | (SPD) (Elternvertreter) | |
| Frau Bartels de Pareja | (Lehrervertreterin) | |
| Ratsherr Bingemer | (FDP) | |
| Ratsherr Borstelmann | (CDU) | 16.00 - 17.12 Uhr |
| Herr Brockhausen | (Schülervertreter) | |
| Ratsfrau Gamoori | (SPD) | |
| Ratsherr Hofmann | (SPD) | |
| Ratsherr Karger | (AfD) | |
| Ratsfrau Klingenburg-Pülm | (Bündnis 90/Die Grünen) | |
| Bürgermeisterin Kramarek | (Bündnis 90/Die Grünen) | |
| Frau Dr. Kursawe | (Lehrervertreterin) | |
| Herr Linde | (Elternvertreter) | |
| Ratsfrau Dr. Matz | (CDU) | |
| Herr Meinhof (Herr Popp) | (Schülervertreter) (Elternvertreter) | |
| Beigeordnete Seitz | (CDU) | |

Grundmandat:

| | |
|-------------------|--------------------|
| (Ratsherr Böning) | (DIE HANNOVERANER) |
| (Ratsherr Braune) | |
| Ratsherr Klippert | (Die FRAKTION) |

Verwaltung:

Stadträtin Rzyski

Bildungs- Jugend- und Familiendezernatsbüro:

Herr Busch

Fachbereich Büro Oberbürgermeister:

Frau Stroppe (15.31)

Fachbereich Schule:

| | |
|-------------------|---------|
| Frau Martinsen | (40) |
| Herr Rauhaus | (40.1) |
| Frau John | (40.13) |
| Frau Simpson | (40.21) |
| Frau Prescher | (40.21) |
| für das Protokoll | |

Fachbereich Jugend und Familie:

| | |
|---------------|---------|
| Frau Frischen | (51.24) |
|---------------|---------|

Presse:

| | |
|-------------|-------|
| Frau Hilbig | (HAZ) |
| Herr Vogt | (NP) |

Tagesordnung:

- I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls des Schul- und Bildungsausschusses
 - 2.1. am 22.11.2017
 - 2.2. am 13.12.2017
3. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE
4. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus in Hannover (Drucks. Nr. 2787/2017)
 - 4.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2787/2017: Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus (Drucks. Nr. 0110/2018)
5. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu einem Konzept zur Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen (Drucks. Nr. 2837/2017)
 - 5.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2837/2017: Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu einem Konzept zur Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen (Drucks. Nr. 0166/2018)
6. Antrag der CDU-Fraktion zur Streichung der städtischen Zuwendungen für das Jugendzentrum "Kornstraße" (Drucks. Nr. 2458/2017)
7. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP und der Fraktion "Die FRAKTION" zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2494/2017 N1)
 - 7.1. Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2724/2017)
 - 7.2. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2853/2017)
8. Bericht der Dezernentin

Redaktioneller Hinweis:

Dieses Protokoll spricht zur Gleichberechtigung der Geschlechter im Sinne des Gender

Mainstream sowohl Frauen als auch Männer gleichermaßen an. Soweit der Schreibstil dem nicht offensichtlich Rechnung trägt, dient dies ausschließlich einem besseren Lesefluss und hat keinesfalls eine diskriminierende Intention.

I. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Ratsherr Wolf eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Zur Feststellung der Tagesordnung gab es folgende Anmerkungen:

Ratsfrau Dr. Matz stellte den Antrag, die Drucksache Nr. 0031/2018 im Schul- und Bildungsausschuss zu beraten.

Ratsherr Klippert zog im Namen der FRAKTION den Änderungsantrag Nr. 2724/2017 (TOP 7.1.) zurück.

Ratsherr Wolf zog im Namen der Linken und Piraten die Drucksachen Nr. 2837/2017 und 0166/2018 (TOPs 5 und 5.1.) in die Fraktion, weil durch den als Tischvorlage vorbereiteten Änderungsantrag der CDU erneut Beratungsbedarf entstanden sei.

TOP 2.

Genehmigung des Protokolls des Schul- und Bildungsausschusses

TOP 2.1.
am 22.11.2017
Einstimmig

TOP 2.2.
am 13.12.2017
14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

TOP 3.

EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE

Der Schulleiter der Grundschule Mengendamm fragte, in welcher Form die Schulen und die Schulformsprecher in die Erstellung des kürzlich veröffentlichten Rankings und den entsprechenden Kriterien einbezogen wurden. Des Weiteren fragte er, ob den Grundschulen mitgeteilt wurde, dass die Zensuredurchschnitte dafür herangezogen würden.

Stadträtin Rzycki erklärte, dass das Ranking auf Zahlen von 2015/16 beruhe und somit nicht auf aktuelle Schulleistungen zurückzuführen sei. Die vorgenommene Berechnung sei

beispielhaft zu verstehen, um das anzuwendende Verfahren transparent und nachvollziehbar zu machen. Die Schulen und Schulformsprecher seien vor diesem Hintergrund nicht einbezogen worden.

Zudem fragte **der Schulleiter**, ob es einen absehbaren Zeitpunkt gebe, an dem alle Grundschulen mit mindestens einem Schulsozialarbeiter versorgt seien. Außerdem erkundigte er sich nach der Auswahl der Kriterien und ob diese nicht zu pauschal gewählt seien.

Stadträtin Rzyski erläuterte, dass die Versorgung der Schulsozialarbeiter von der Organisation des Landes abhänge und deshalb kein konkreter Zeitpunkt nennbar sei. Bezüglich der Kriterien erklärte sie, dass diese auf bestimmten Merkmalen zur Bestätigung einer Hypothese beruhen und die Gewichtung der Ergebnisse proportional anhand der vier Merkmale erfolge.

Der Schulleiter fragte weiterhin, weshalb die katholischen Schulen in dem Ranking außer Acht gelassen wurden.

Stadträtin Rzyski antwortete, dass die katholischen Grundschulen die gesamte Stadt als Einzugsgebiet hätten und aus Datenschutzgründen die Wohnortdaten nicht mit einbezogen werden könnten. Dies würde dazu führen, dass die auf den Schulstandort bezogene Datenlage kein belastbares Ergebnis hätte errechnet werden können.

Ein Vater, dessen Sohn dieses Jahr in der Grundschule Mühlenweg eingeschult werden soll, fragte, wie er und seine Frau damit umgehen sollen, dass die Grundschule Mühlenweg keinen Ganzttag anbiete. Es sei nicht möglich, die Schulzeiten mit den Arbeitszeiten zu vereinbaren.

Stadträtin Rzyski erläuterte, dass Eltern grundsätzlich die Möglichkeit hätten, sich ohne Ausnahmegenehmigung für eine Grundschule mit Ganzttag zu entscheiden. Er und seine Frau könnten also ihren Sohn auf eine alternative Grundschule schicken, sofern die Kapazitäten der jeweiligen Schule dies zuließen. Notfalls gebe es auch die Möglichkeit, dass die Grundschule Mühlenberg auf eine sogenannte Feuerwehrmaßnahme zurückgreifen könnte. Diese stelle eine Zwischenlösung dar, käme allerdings nur in Frage, wenn der Bedarf mehrerer Eltern dieser Grundschule bestünde.

TOP 4.

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus in Hannover (Drucks. Nr. 2787/2017)

Ratsfrau Klingenburg-Pülm erläuterte, dass es wichtig sei, offensiv gegen rechtsextremen Antisemitismus vorzugehen und hierzu mit Jugendlichen ins Gespräch zu gehen.

Ratsfrau Dr. Matz stimmte zu und ergänzte, dass auch andere radikale Positionen betrachtet werden müssten und der Änderungsantrag der CDU hierauf abziele.

Ratsherr Karger begrüßte beide Anträge und sprach sich für eine offensive Vorgehensweise aus.

Ratsherr Borstelmann forderte, die Begriffe Antijudaismus, Antizionismus und Antisraelismus klar abgegrenzt vom Antisemitismus zu betrachten.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm merkte an, dass die genannten Begriffe eher politisch orientiert seien und es in diesem Antrag darum ginge, den Jugendlichen den religiösen Aspekt und das Miteinander verschiedener Glaubensrichtungen näherzubringen.

Ratsherr Klippert sprach sich im Allgemeinen für beide Anträge und deren Notwendigkeit aus.

Frau Kursawe merkte an, dass die Differenzierung der Begriffe ihrer Meinung nach wichtig und sinnvoll sei.

Ratsfrau Gamoori fasste zusammen, dass es allen Parteien darum ginge, etwas gegen Judenfeindlichkeit zu unternehmen.

Ratsherr Wolf erklärte, wie wichtig es sei, dieses Thema voranzutreiben, ob mit oder ohne Differenzierung der Begrifflichkeiten.

Abschließend betonte **Ratsherr Dr. Menge** die Notwendigkeit, allgemein auf das Thema aufmerksam zu machen und wies auf die Sinnhaftigkeit hinter einem Schlagbegriff, wie dem des Antisemitismus, hin.

Einstimmig

TOP 4.1.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2787/2017: Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus (Drucks. Nr. 0110/2018)

6 Stimmen dafür, 8 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

TOP 5.

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu einem Konzept zur Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen (Drucks. Nr. 2837/2017)

Auf Wunsch der LINKE & PIRATEN in die Fraktionen gezogen

TOP 5.1.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2837/2017: Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu einem Konzept zur Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen (Drucks. Nr. 0166/2018)

Auf Wunsch der LINKE & PIRATEN in die Fraktionen gezogen

TOP 6.

Antrag der CDU-Fraktion zur Streichung der städtischen Zuwendungen für das Jugendzentrum "Kornstraße" (Drucks. Nr. 2458/2017)

Ratsfrau Dr. Matz erläuterte ihren Antrag zur Streichung der Zuwendung für das Jugendzentrum Kornstraße. Die Zuwendungen seit 2010, in Höhe von 33.000€ jährlich, seien nicht ausreichend gerechtfertigt, da seit sieben Jahren ausschließlich eine Personal- und eine Projektleitungsstelle bezahlt würden. Zudem sei über die Jahre keine Erhöhung des Einsatzes von Eigenmitteln festgestellt worden. Des Weiteren sei die Vermietung von Räumlichkeiten an den Rote Hilfe e.V. nicht akzeptabel, da diese Organisation bewusst darauf verzichte, sich von extremistischen Zusammenschlüssen zu distanzieren.

Ratsherr Karger sprach sich für die Streichung der Zuwendungen aus, da das Jugendzentrum Kornstraße, nach den Ausschreitungen des G20-Gipfels, für die Unterstützung der festgenommenen Beteiligten des Rote Hilfe e.V. aufrief. Somit sei das Jugendzentrum nicht mehr förderungsfähig.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm merkte an, dass das unabhängige Jugendzentrum Kornstraße durchaus positive Tätigkeiten durchführe, da unter anderem einmal wöchentlich durch Jugendliche ein Essen für Bedürftige gekocht würde und damit soziale Werte vermittelt würden. Den Jugendlichen werde hierdurch Selbstwirksamkeit gelehrt.

Ratsherr Klippert stimmte seiner Vorrednerin zu und merkte an, dass das Jugendzentrum Kornstraße eines der ältesten Jugendzentren Hannovers sei.

Ratsherr Dr. Menge hinterfragte, weshalb der Antrag der CDU zum jetzigen Zeitpunkt gestellt werde. Die CDU habe einen gleichlautenden Antrag der AfD im Rahmen der Haushaltsplanberatungen abgelehnt. Er schloss sich des weiteren seinen Vorredner an. Zudem wies er daraufhin, dass eine unterjährige Streichung von Zuwendungen unzumutbar sei, da dies gegen die Verlässlichkeit spreche, die man als Zuwendungsgeber wahren sollte.

Ratsherr Bingemer warf ein, dass die Vermietung von Räumlichkeiten an den Rote Hilfe e.V. fragwürdig sei, jedoch das Hausrecht des Jugendzentrums dies durchaus zuließe. Gewalt in jeglicher Form sei abzulehnen. Er lobte, dass sich das Jugendzentrum Kornstraße selbst um Mittel zur Finanzierung ihrer Arbeit bemüht. Die Zuwendung solle daher nicht gestrichen werden.

Bürgermeisterin Kramarek ergänzte, dass auch kulturelle Werte durch das Jugendzentrum vermittelt würden und diese Bereiche durchaus Unterstützung verdienten.

Ratsfrau Dr. Matz erklärte, dass die in der Vergangenheit gesetzten Ziele des Zuwendungsempfängers nicht erreicht wurden und dies ein Indiz dafür sei, dass die Interessen der Stadt nicht mehr ausreichend verwirklicht würden. Stattdessen solle in Betracht gezogen werden, einen anderen Verein, der gute Arbeit leiste, zu unterstützen.

Ratsherr Wolf hinterfragte die Hintergründe des Antrags und erläuterte, dass die Gruppe

Linke und Piraten kürzlich vor Ort gewesen sei, um sich ein Bild machen zu können. Er könne aufgrund dessen den Antrag nicht unterstützen.

Beigeordnete Seitz distanzierte sich von dem Vorwurf, keine Hintergrundinformationen vorweisen zu können.

Ratsherr Bingemer merkte an, dass die Stadt Hannover aufgrund dessen, dass das Jugendzentrum Kornstraße Eigentümer der Liegenschaft sei, sogar noch Einsparungen habe, da für ein städtisches Jugendzentrum die Kosten für die Liegenschaft zu bedenken seien.

4 Stimmen dafür, 10 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

TOP 7.

**Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP und der Fraktion "Die FRAKTION" zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings
(Drucks. Nr. 2494/2017 N1)**

Ratsfrau Klingenburg-Pülm fasste kurz den Hintergrund des Antrages zusammen. Die Arbeit der freien Träger sei für die Stadtgesellschaft wichtig. Es sei beabsichtigt, eine Vereinfachung der Arbeit durch eine Verbesserung des Controllings herbeizuführen, eine Entbürokratisierung und Planungssicherheit zu ermöglichen und eine auskömmliche Finanzierung darzustellen.

Beigeordnete Seitz erklärte, dass eine Laufzeit von drei Jahren vorteilhaft wäre und aus diesem Grund berücksichtigt werden solle. Des Weiteren hinterfragte sie die fehlende Berücksichtigung des Controllings. Der Ansatz der SPD, FDP und Grünen sei zu oberflächlich und beziehe sich auf Selbstverständlichkeiten. Es müsse eine bessere Kontrolle der Zuwendungsverwendung stattfinden.

Ratsherr Dr. Menge entgegnete, dass durchaus Punkte des Controllings, wie zum Beispiel unterjähriges Controlling, berücksichtigt worden seien. Die Forderungen der CDU passten nicht in den Zusammenhang des Antrags. Speziell der Punkt der pauschalen drei-Jahres-Befristung sei so nicht sinnvoll, da individuell entschieden werden sollte, welcher Zeitraum für eine Befristung gewählt werde. Des Weiteren solle den Ratsgremien ermöglicht werden, individuell zu entscheiden, welche Zeiträume für Befristungen sinnvoll seien.

Weiterhin solle die Trägervielfalt erhalten bleiben. Es solle nicht das Bild vermittelt werden, dass das Zuwendungscontrolling ausschließlich Einsparungen beabsichtige.

Das Antragsverfahren werde mit dem Antrag der SPD, FDP und Grünen vereinfacht. Dadurch entstünden für alle, vor allem auch für die Zuwendungsempfänger, Vorteile.

7 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 6 Enthaltungen

TOP 7.1.

**Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu Drucks. Nr. 2494/2017:
Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings
(Drucks. Nr. 2724/2017)**

Zurückgezogen

TOP 7.2.

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der
Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2853/2017)**

4 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 4 Enthaltungen

TOP 8.

Bericht der Dezernentin

Keine Berichtspunkte der Dezernentin.

Beigeordnete Seitz fragte, was katholische Grundschulen tun müssten, um auch einen Bedarf an Schulsozialarbeitern zu melden.

Stadträtin Rzycki erklärte, dass hier das Land den Bedarf bearbeiten würde. Die Verwaltung wolle aber mit den katholischen Grundschulen bezüglich der benötigten Wohnortdaten in Austausch treten.

Ratsherr Wolf schloss die Sitzung um 17:40 Uhr.

Für die Niederschrift



Rzycki

Prescher

PROTOKOLL (2. Fassung; Änderungen wurden in fett/kursiv kenntlich gemacht)

13. Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses am Mittwoch, 24. Januar 2018,
Rathaus, Hodlersaal

Beginn 16.00 Uhr
Ende 17.40 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

| | | |
|---------------------------|-------------------------|-------------------|
| Ratsherr Wolf | (LINKE & PIRATEN) | |
| Ratsherr Dr. Menge | (SPD) | |
| (Herr Balke) | (Elternvertreter) | |
| Frau Bartels de Pareja | (Lehrervertreterin) | |
| Ratsherr Bingemer | (FDP) | |
| Ratsherr Borstelmann | (CDU) | 16.00 - 17.12 Uhr |
| Herr Brockhausen | (Schülervertreter) | |
| Ratsfrau Gamoori | (SPD) | |
| Ratsherr Hofmann | (SPD) | |
| Ratsherr Karger | (AfD) | |
| Ratsfrau Klungenburg-Pülm | (Bündnis 90/Die Grünen) | |
| Bürgermeisterin Kramarek | (Bündnis 90/Die Grünen) | |
| Frau Dr. Kursawe | (Lehrervertreterin) | |
| Herr Linde | (Elternvertreter) | |
| Ratsfrau Dr. Matz | (CDU) | |
| Herr Meinhof | (Schülervertreter) | |
| (Herr Popp) | (Elternvertreter) | |
| Beigeordnete Seitz | (CDU) | |

Grundmandat:

| | |
|-------------------|--------------------|
| (Ratsherr Böning) | (DIE HANNOVERANER) |
| (Ratsherr Braune) | |
| Ratsherr Klippert | (Die FRAKTION) |

Verwaltung:

Stadträtin Rzyski

Bildungs- Jugend- und Familiendezernatsbüro:

Herr Busch

Fachbereich Büro Oberbürgermeister:

Frau Stroppe (15.31)

Fachbereich Schule:

| | |
|-------------------|---------|
| Frau Martinsen | (40) |
| Herr Rauhaus | (40.1) |
| Frau John | (40.13) |
| Frau Simpson | (40.21) |
| Frau Prescher | (40.21) |
| für das Protokoll | |

Fachbereich Jugend und Familie:

| | |
|---------------|---------|
| Frau Frischen | (51.24) |
|---------------|---------|

Presse:

| | |
|-------------|-------|
| Frau Hilbig | (HAZ) |
| Herr Vogt | (NP) |

Tagesordnung:

- I. ÖFFENTLICHER TEIL
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls des Schul- und Bildungsausschusses
 - 2.1. am 22.11.2017
 - 2.2. am 13.12.2017
3. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE
4. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus in Hannover (Drucks. Nr. 2787/2017)
 - 4.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2787/2017: Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus (Drucks. Nr. 0110/2018)
5. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu einem Konzept zur Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen (Drucks. Nr. 2837/2017)
 - 5.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2837/2017: Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu einem Konzept zur Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen (Drucks. Nr. 0166/2018)
6. Antrag der CDU-Fraktion zur Streichung der städtischen Zuwendungen für das Jugendzentrum "Kornstraße" (Drucks. Nr. 2458/2017)
7. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP und der Fraktion "Die FRAKTION" zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2494/2017 N1)
 - 7.1. Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2724/2017)
 - 7.2. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2853/2017)
8. Bericht der Dezernentin

Redaktioneller Hinweis:

Dieses Protokoll spricht zur Gleichberechtigung der Geschlechter im Sinne des Gender

Mainstream sowohl Frauen als auch Männer gleichermaßen an. Soweit der Schreibstil dem nicht offensichtlich Rechnung trägt, dient dies ausschließlich einem besseren Lesefluss und hat keinesfalls eine diskriminierende Intention.

I. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Ratsherr Wolf eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Zur Feststellung der Tagesordnung gab es folgende Anmerkungen:

Ratsfrau Dr. Matz stellte den Antrag, die Drucksache Nr. 0031/2018 im Schul- und Bildungsausschuss zu beraten.

Ratsherr Klippert zog im Namen der FRAKTION den Änderungsantrag Nr. 2724/2017 (TOP 7.1.) zurück.

Ratsherr Wolf zog im Namen der Linken und Piraten die Drucksachen Nr. 2837/2017 und 0166/2018 (TOPs 5 und 5.1.) in die Fraktion, weil durch den als Tischvorlage vorbereiteten Änderungsantrag der CDU erneut Beratungsbedarf entstanden sei.

TOP 2.

Genehmigung des Protokolls des Schul- und Bildungsausschusses

TOP 2.1.
am 22.11.2017
Einstimmig

TOP 2.2.
am 13.12.2017
14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

TOP 3.

EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE

Der Schulleiter der Grundschule Mengendamm fragte, in welcher Form die Schulen und die Schulformsprecher in die Erstellung des kürzlich veröffentlichten Rankings und den entsprechenden Kriterien einbezogen wurden. Des Weiteren fragte er, ob den Grundschulen mitgeteilt wurde, dass die Zensuredurchschnitte dafür herangezogen würden.

Stadträtin Rzycki erklärte, dass das Ranking auf Zahlen von 2015/16 beruhe und somit nicht auf aktuelle Schulleistungen zurückzuführen sei. Die vorgenommene Berechnung sei

beispielhaft zu verstehen, um das anzuwendende Verfahren transparent und nachvollziehbar zu machen. Die Schulen und Schulformsprecher seien vor diesem Hintergrund nicht einbezogen worden.

Zudem fragte **der Schulleiter**, ob es einen absehbaren Zeitpunkt gebe, an dem alle Grundschulen mit mindestens einem Schulsozialarbeiter versorgt seien. Außerdem erkundigte er sich nach der Auswahl der Kriterien und ob diese nicht zu pauschal gewählt seien.

Stadträtin Rzyski erläuterte, dass die **Versorgung der Schulen mit** Schulsozialarbeitern von der Organisation des Landes abhänge und deshalb kein konkreter Zeitpunkt nennbar sei. Bezüglich der Kriterien erklärte sie, dass diese auf bestimmten Merkmalen zur Bestätigung einer Hypothese beruhen und die Gewichtung der Ergebnisse **anhand der vier Merkmale ermittelt werde**.

Der Schulleiter fragte weiterhin, weshalb die katholischen Schulen in dem Ranking außer Acht gelassen wurden.

Stadträtin Rzyski antwortete, dass die katholischen Grundschulen die gesamte Stadt als Einzugsgebiet hätten und aus Datenschutzgründen die Wohnortdaten nicht mit einbezogen werden könnten. Dies würde dazu führen, dass die auf den Schulstandort bezogene Datenlage kein belastbares Ergebnis hätte errechnet werden können.

Ein Vater, dessen Sohn dieses Jahr in der Grundschule Mühlenweg eingeschult werden soll, fragte, wie er und seine Frau damit umgehen sollen, dass die Grundschule Mühlenweg keinen Ganztagsunterricht anbiete. Es sei nicht möglich, die Schulzeiten mit den Arbeitszeiten zu vereinbaren.

Stadträtin Rzyski erläuterte, dass Eltern grundsätzlich die Möglichkeit hätten, sich ohne Ausnahmegenehmigung für eine Grundschule mit Ganztagsunterricht zu entscheiden. Er und seine Frau könnten also ihren Sohn auf eine alternative Grundschule schicken, sofern die Kapazitäten der jeweiligen Schule dies zuließen. Notfalls gebe es auch die Möglichkeit, dass die Grundschule **Mühlenweg** auf eine sogenannte Feuerwehrmaßnahme zurückgreifen könnte. Diese stelle eine Zwischenlösung dar, käme allerdings nur in Frage, wenn der Bedarf mehrerer Eltern dieser Grundschule bestünde.

TOP 4.

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus in Hannover (Drucks. Nr. 2787/2017)

Ratsfrau Klingenburg-Pülm erläuterte, dass es wichtig sei, offensiv gegen rechtsextremen Antisemitismus vorzugehen und hierzu mit Jugendlichen ins Gespräch zu gehen.

Ratsfrau Dr. Matz stimmte zu und ergänzte, dass auch andere radikale Positionen betrachtet werden müssten und der Änderungsantrag der CDU hierauf abziele.

Ratsherr Karger begrüßte beide Anträge und sprach sich für eine offensive Vorgehensweise aus.

Ratsherr Borstelmann forderte, die Begriffe Antijudaismus, Antizionismus und Antisraelismus klar abgegrenzt vom Antisemitismus zu betrachten.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm merkte an, dass die genannten Begriffe eher politisch orientiert seien und es in diesem Antrag darum ginge, den Jugendlichen den religiösen Aspekt und das Miteinander verschiedener Glaubensrichtungen näherzubringen.

Ratsherr Klippert sprach sich im Allgemeinen für beide Anträge und deren Notwendigkeit aus.

Frau Kursawe merkte an, dass die Differenzierung der Begriffe ihrer Meinung nach wichtig und sinnvoll sei.

Ratsfrau Gamoori fasste zusammen, dass es allen Parteien darum ginge, etwas gegen Judenfeindlichkeit zu unternehmen.

Ratsherr Wolf erklärte, wie wichtig es sei, dieses Thema voranzutreiben, ob mit oder ohne Differenzierung der Begrifflichkeiten.

Abschließend betonte **Ratsherr Dr. Menge** die Notwendigkeit, allgemein auf das Thema aufmerksam zu machen und wies auf die Sinnhaftigkeit hinter einem Schlagbegriff, wie dem des Antisemitismus, hin.

Einstimmig

TOP 4.1.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2787/2017: Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus (Drucks. Nr. 0110/2018)

6 Stimmen dafür, 8 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen

TOP 5.

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu einem Konzept zur Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen (Drucks. Nr. 2837/2017)

Auf Wunsch der LINKE & PIRATEN in die Fraktionen gezogen.

TOP 5.1.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2837/2017: Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu einem Konzept zur Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen (Drucks. Nr. 0166/2018)

Auf Wunsch der LINKE & PIRATEN in die Fraktionen gezogen

TOP 6.

Antrag der CDU-Fraktion zur Streichung der städtischen Zuwendungen für das Jugendzentrum "Kornstraße" (Drucks. Nr. 2458/2017)

Ratsfrau Dr. Matz erläuterte ihren Antrag zur Streichung der Zuwendung für das Jugendzentrum Kornstraße. Die Zuwendungen seit 2010, in Höhe von 33.000€ jährlich, seien nicht ausreichend gerechtfertigt, da seit sieben Jahren ausschließlich eine Personal- und eine Projektleitungsstelle bezahlt würden. Zudem sei über die Jahre keine Erhöhung des Einsatzes von Eigenmitteln festgestellt worden. Des Weiteren sei die Vermietung von Räumlichkeiten an den Rote Hilfe e.V. nicht akzeptabel, da diese Organisation bewusst darauf verzichte, sich von extremistischen Zusammenschlüssen zu distanzieren.

Ratsherr Karger sprach sich für die Streichung der Zuwendungen aus, da das Jugendzentrum Kornstraße, nach den Ausschreitungen des G20-Gipfels, für die Unterstützung der festgenommenen Beteiligten des Rote Hilfe e.V. aufrief. Somit sei das Jugendzentrum nicht mehr **förderungswürdig** .

Ratsfrau Klingenburg-Pülm merkte an, dass das unabhängige Jugendzentrum Kornstraße durchaus positive Tätigkeiten durchführe, da unter anderem einmal wöchentlich durch Jugendliche ein Essen für Bedürftige gekocht würde und damit soziale Werte vermittelt würden. Den Jugendlichen werde hierdurch Selbstwirksamkeit gelehrt.

Ratsherr Klippert stimmte seiner Vorrednerin zu und merkte an, dass das Jugendzentrum Kornstraße eines der ältesten Jugendzentren Hannovers sei.

Ratsherr Dr. Menge hinterfragte, weshalb der Antrag der CDU zum jetzigen Zeitpunkt gestellt werde. Die CDU habe einen gleichlautenden Antrag der AfD im Rahmen der Haushaltsplanberatungen abgelehnt. Er schloss sich des weiteren seinen Vorredner an. Zudem wies er daraufhin, dass eine unterjährige Streichung von Zuwendungen unzumutbar sei, da dies gegen die Verlässlichkeit spreche, die man als Zuwendungsgeber wahren sollte.

Ratsherr Bingemer warf ein, dass die Vermietung von Räumlichkeiten an den Rote Hilfe e.V. fragwürdig sei, jedoch das Hausrecht des Jugendzentrums dies durchaus zuließe. Gewalt in jeglicher Form sei abzulehnen. Er lobte, dass sich das Jugendzentrum Kornstraße selbst um Mittel zur Finanzierung ihrer Arbeit bemüht. Die Zuwendung solle daher nicht gestrichen werden.

Bürgermeisterin Kramarek ergänzte, dass auch kulturelle Werte durch das Jugendzentrum vermittelt würden und diese Bereiche durchaus Unterstützung verdienten.

Ratsfrau Dr. Matz erklärte, dass die in der Vergangenheit gesetzten Ziele des Zuwendungsempfängers nicht erreicht wurden und dies ein Indiz dafür sei, dass die Interessen der Stadt nicht mehr ausreichend verwirklicht würden. Stattdessen solle in Betracht gezogen werden, einen anderen Verein, der gute Arbeit leiste, zu unterstützen.

Ratsherr Wolf hinterfragte die Hintergründe des Antrags und erläuterte, dass die Gruppe Linke und Piraten kürzlich vor Ort gewesen sei, um sich ein Bild machen zu können. Er

könne aufgrund dessen den Antrag nicht unterstützen.

Beigeordnete Seitz distanzierte sich von dem Vorwurf, keine Hintergrundinformationen vorweisen zu können.

Ratsherr Bingemer merkte an, dass die Stadt Hannover aufgrund dessen, dass das Jugendzentrum Kornstraße Eigentümer der Liegenschaft sei, sogar noch Einsparungen habe, da für ein städtisches Jugendzentrum die Kosten für die Liegenschaft zu bedenken seien.

4 Stimmen dafür, 10 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

TOP 7.

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP und der Fraktion "Die FRAKTION" zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2494/2017 N1)

Ratsfrau Klingenburg-Pülm fasste kurz den Hintergrund des Antrages zusammen. Die Arbeit der freien Träger sei für die Stadtgesellschaft wichtig. Es sei beabsichtigt, eine Vereinfachung der Arbeit durch eine Verbesserung des Controllings herbeizuführen, eine Entbürokratisierung und Planungssicherheit zu ermöglichen und eine auskömmliche Finanzierung darzustellen.

Beigeordnete Seitz erklärte, dass eine Laufzeit von drei Jahren vorteilhaft wäre und aus diesem Grund berücksichtigt werden solle. Des Weiteren hinterfragte sie die fehlende Berücksichtigung des Controllings. Der Ansatz der SPD, FDP und Grünen sei zu oberflächlich und beziehe sich auf Selbstverständlichkeiten. Es müsse eine bessere Kontrolle der Zuwendungsverwendung stattfinden.

Ratsherr Dr. Menge entgegnete, dass durchaus Punkte des Controllings, wie zum Beispiel unterjähriges Controlling, berücksichtigt worden seien. Die Forderungen der CDU passten nicht in den Zusammenhang des Antrags. Speziell der Punkt der pauschalen drei-Jahres-Befristung sei so nicht sinnvoll, da individuell entschieden werden sollte, welcher Zeitraum für eine Befristung gewählt werde. Des Weiteren solle den Ratsgremien ermöglicht werden, individuell zu entscheiden, welche Zeiträume für Befristungen sinnvoll seien.

Weiterhin solle die Trägervielfalt erhalten bleiben. Es solle nicht das Bild vermittelt werden, dass das Zuwendungscontrolling ausschließlich Einsparungen beabsichtige.

Das Antragsverfahren werde mit dem Antrag der SPD, FDP, **Linke/Piraten**, Grünen und **der FRAKTION** vereinfacht. Dadurch entstünden für alle, vor allem auch für die Zuwendungsempfänger, Vorteile.

7 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 6 Enthaltungen

TOP 7.1.

**Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu Drucks. Nr. 2494/2017:
Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings
(Drucks. Nr. 2724/2017)**

Zurückgezogen

TOP 7.2.

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 2494/2017: Modernisierung der
Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2853/2017)**

4 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 4 Enthaltungen

TOP 8.

Bericht der Dezernentin

Keine Berichtspunkte der Dezernentin.

Beigeordnete Seitz fragte, was katholische Grundschulen tun müssten, um auch einen Bedarf an Schulsozialarbeitern zu melden.

Stadträtin Rzycki erklärte, dass hier das Land den Bedarf bearbeiten würde. Die Verwaltung wolle aber mit den katholischen Grundschulen bezüglich der benötigten Wohnortdaten in Austausch treten.

Ratsherr Wolf schloss die Sitzung um 17:40 Uhr.

Für die Niederschrift



Prescher

Rzycki

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

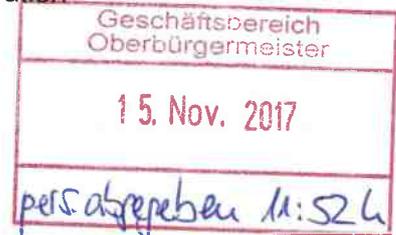
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

15.11.2017

In den

- Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
- Schul- und Bildungsausschuss
- Kulturausschuss
- Verwaltungsausschuss



Antrag: gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates
der Landeshauptstadt Hannover
Offensive gegen Antisemitismus in Hannover

zu beschließen:

Die Stelle für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus führt gemeinsam mit geeigneten KooperationspartnerInnen eine Offensive gegen Antisemitismus in Hannover durch. Der Fokus liegt dabei auf der langfristig angelegten Zusammenarbeit mit Schulen, denkbar wäre die Einbindung des Netzwerks Schulen ohne Rassismus – Schule mit Courage.

Auftakt soll der 09. November 2018 sein. 80 Jahre nach der Reichspogromnacht ist es wichtiger denn je, das Gedenken zu bewahren. Jüdisches Leben ist Teil hannoverscher Identität. Die Bildungsoffensive soll dazu dienen, SchülerInnen und LehrerInnen, Neuzugezogenen und Alteingesessenen dieses ins Bewusstsein zu rufen und jüdisches Leben erfahrbar zu machen.

Begründung:

Die Jüdischen Gemeinden in Hannover berichten übereinstimmend von einer steigenden antisemitischen Stimmung, aber vor allem von einer großen Unsicherheit im Umgang mit dem jüdischen Leben in Hannover. Augenfällig wird insbesondere im Umgang mit Schulgruppen und deren LehrerInnen, dass vieles tabuisiert wird, anstatt offen zu fragen und zu reden, womit eine unnötige Distanz hergestellt wird.


Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende


Norbert Gast
Stellv. Fraktionsvorsitzender


Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitzender

In den Internationalen Ausschuss
In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Kulturausschuss
In den Verwaltungsausschuss

17. Januar 2018

Änderungsantrag

gemäß der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zu Drucks. Nr. 2787/2017
(Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und der FDP zur Offensive gegen Antisemitismus in Hannover)

Der Antragstext wird wie folgt geändert:

Antrag,
zu beschließen,

(...)

| |
|---------------------------------------|
| Geschäftsbereich Oberbürgermeister |
| 17. Jan. 2018 18.50h |
| 18.50h |

18.60

~~Die Bildungsoffensive soll dazu dienen, SchülerInnen und LehrerInnen, Neuzugezogenen und Alteingesessenen dieses ins Bewusstsein zu rufen und jüdisches Leben erfahrbar zu machen.~~

Ausdrücklich soll bei der Bildungsoffensive der Antisemitismus jedweder Couleur thematisiert und den genannten Zielgruppen vermittelt werden, um ihnen so ein vollumfängliches Bild des bestehenden Antisemitismus, Antijudaismus, Antiisraelismus und Antizionismus ins Bewusstsein zu rufen und sie so weiter zu sensibilisieren.

Begründung:

Der Zweck der Bildungsoffensive ist Teil der Begründung für den Antrag und sollte daher aus dem Antragstext selbst gestrichen werden.

Die Aufgabe der Stelle für Demokratiestärkung ist aus unserer Sicht sehr viel weiter zu fassen. Hierauf zielte bereits unser Antrag zur Umbenennung in „Stelle für Demokratiestärkung und Extremismus“ ab.

Der Einsatz gegen rechtsextremistisch motivierten Antisemitismus ist richtig und wichtig, greift aber zu kurz.

Es gab und gibt ebenso einen linksextremistisch motivierten Antijudaismus, der seinen gewaltbereiten Höhepunkt im Terror der RAF fand, der sich auch gegen den „Kolonialismus des Staates Israel“ richtete und seinen Antijudaismus so zu verbrämen suchte.

Zudem gibt es unverkennbar einen bestehenden Antijudaismus und Antiisraelismus in Teilen der arabischen und islamischen Welt, der seit den sechziger Jahren (und nicht erst seit 2015), zunächst durch die Zuwanderung aufgrund von Arbeitskräftemangel, auch in

die Bundesrepublik Deutschland importiert wurde. Dieser ist zum Teil religiös motiviert, richtet sich aber vor allem auch gegen den modernen Staat Israel und seine Politik. Es gibt mithin verschiedene Dimensionen des Judenhasses, demoskopische, geografische, ideologische, theologische und demografische. Um diesem Umstand ganzheitlich gerecht zu werden, ist ein Umdenken erforderlich. All diese unterschiedlichen Ausprägungen müssen erkannt, erläutert, eingedämmt werden und dies auch und gerade auf kommunaler Ebene durch entsprechend finanzierte Programme. Die geforderte Offensive könnte hier ein Anfang sein.



Jens Seidel
Vorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

| |
|---------------------------------------|
| Geschäftsbereich Oberbürgermeister |
| 21. Nov. 2017 |
| 9482 |

Hannover, 15.11.2017

In den

- Ausschuss für Schule und Bildung
- Jugendhilfeausschuss
- Verwaltungsausschuss

Antrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover
Konzept zur Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen

zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. eine Übersicht zu erstellen, aus der hervorgeht, in welchen schulischen Bereichen die Landeshauptstadt Hannover bereits mit Angeboten, Projekten und Kooperationen unterstützend tätig ist und wie hoch die finanziellen Aufwendungen sind,
2. darauf aufbauend ein Rahmenkonzept und Antragsverfahren zu entwickeln,
 - das antragsberechtigte Schulen identifiziert, deren Schülerschaft
 - ein überwiegend niedriges Kompetenzniveau in der deutschen Sprache,
 - einen überproportional hohen Anteil an sonderpädagogischem und grundsätzlichem Förderbedarf,
 - einen überdurchschnittlich hohen Anteil an einkommensschwachen Familien,
 - einen nennenswerten Anteil an Schülerinnen und Schülern, die schulfernes, bzw. schulverweigerndes Verhalten zeigen, vor höheren Herausforderungen stehen, als andere Schulen, aufweist,
 - das eine Vereinbarung beinhaltet, wie und welche gemeinsam von Schule und Stadt definierten Ziele erreicht werden sollen
 - und wie die Erreichung der vereinbarten Ziele kurz-, mittel- und langfristig überprüft werden kann,
3. das Konzept sowie eine Übersicht über den daraus abzuleitenden Ressourceneinsatz bis spätestens Ende März 2018 vorzulegen.

Ziel ist, den besonderen Herausforderungen, denen einige Schulen gegenüberstehen, mit adäquaten Unterstützungsmaßnahmen zu begegnen. Dadurch sollen Bildungsungerechtigkeiten so weit wie möglich beseitigt und die betreffenden Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzt werden, einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Schulbildungsabschluss erreichen zu können.

Außerdem sollen im Rahmen der Bildungsregion Hannover gemeinsam mit den Schulen und dem Land Ziele, Lösungsansätze und Maßnahmen für die Bearbeitung der über die Aufgabe als Schulträger hinausgehenden Themen, wie beispielsweise der Ausbau des Einsatzes multiprofessioneller Teams und der Schulsozialarbeit sowie der Verstärkung der Sprachförderung, entwickelt werden.

Begründung:

Die Stadt Hannover ist eine wachsende Stadt mit den damit zusammenhängenden Herausforderungen. Seit 2007 setzt sich die Stadt Hannover für den Ausbau der Ganztagsgrundschulen ein, um für gleichberechtigte Bildungschancen zu sorgen. Inzwischen werden 61% aller Grundschulkindern im Ganztage betreut und der Ganztageausbau wird fortgeführt. Darüber hinaus setzt auch das Investitionsmemorandum 500+ auf den Bereich Bildung und investiert hier 80% der Gesamtsumme und damit rund 416 Mio. Euro.

Im Rahmen dieses Engagements soll das Ziel des angestrebten Konzeptes sein, Schulen, die vor besonderen Herausforderungen stehen, die notwendige Unterstützung zu bieten. Dazu zählt sowohl die unmittelbare Stärkung von SchülerInnen, LehrerInnen und MitarbeiterInnen der Schulen als auch die der Zusammenarbeit der örtlichen AkteurInnen. Hier ist auch das Land Niedersachsen gefordert, unkonventionelle Wege zu ermöglichen, die kurz-, mittel- und langfristig zur Verbesserung der Lebenssituation der Kinder eingesetzt werden können.


Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende


Norbert Gast
stellv. Fraktionsvorsitzender


Wilfried Engelke
Fraktionsvorsitzender



In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
In den Verwaltungsausschuss

23. Januar 2018

Änderungsantrag

gemäß der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zu Drucks. Nr. 2837/2017
(Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu einem Konzept zur Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen)

Der Antragstext wird wie folgt **geändert**:

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. eine Übersicht zu erstellen, aus der hervorgeht, in welchen ~~schulischen Bereichen~~ **Schulen** die Landeshauptstadt Hannover bereits mit Angeboten, Projekten und Kooperationen unterstützend tätig ist, ~~und~~ wie hoch die finanziellen Aufwendungen sind **und zu welchen Verbesserungen diese geführt haben.**

2. **Im Rahmen der Bildungsregion Hannover sollen gemeinsam mit den Schulen und dem Land Ziele und dazugehörige Lösungsansätze sowie Maßnahmen für die Bearbeitung der über die Aufgabe als Schulträger hinausgehenden Themen, wie beispielsweise der Ausbau des Einsatzes multiprofessioneller Teams und der Schulsozialarbeit sowie der Verstärkung der Sprachförderung, entwickelt werden.**

~~2. darauf aufbauend ein Rahmenkonzept und Antragsverfahren zu entwickeln,~~

- ~~• das antragsberechtigte Schulen identifiziert, deren Schülerschaft~~
 - ~~○ ein überwiegend niedriges Kompetenzniveau in der deutschen Sprache,~~
 - ~~○ einen überproportional hohen Anteil an sonderpädagogischem und grundsätzlichem Förderbedarf,~~
 - ~~○ einen überdurchschnittlich hohen Anteil an einkommensschwachen Familien,~~

- einen nennenswerten Anteil an Schülerinnen und Schülern, die schulfernes, bzw. schulverweigerndes Verhalten zeigen, vor höheren Herausforderungen stehen, als andere Schulen, aufweist,
- das eine Vereinbarung beinhaltet, wie und welche gemeinsam von Schule und Stadt definierten Ziele erreicht werden sollen
- und wie die Erreichung der vereinbarten Ziele kurz-, mittel- und langfristig überprüft werden kann,

3. das Konzept sowie eine Übersicht über den daraus abzuleitenden Ressourceneinsatz bis spätestens Ende März 2018 vorzulegen.

Ziel ist, den besonderen Herausforderungen, denen einige Schulen gegenüberstehen, mit adäquaten Unterstützungsmaßnahmen zu begegnen. Dadurch sollen Bildungsungerechtigkeiten so weit wie möglich beseitigt und die betreffenden Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzt werden, einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Schulbildungsabschluss erreichen zu können.

Außerdem sollen im Rahmen der Bildungsregion Hannover gemeinsam mit den Schulen und dem Land Ziele, Lösungsansätze und Maßnahmen für die Bearbeitung der über die Aufgabe als Schulträger hinausgehenden Themen, wie beispielsweise der Ausbau des Einsatzes multiprofessioneller Teams und der Schulsozialarbeit sowie der Verstärkung der Sprachförderung, entwickelt werden.

Begründung:

Eine Identifizierung von Schulen als Brennpunktschulen würde dazu führen, dass diese Schulen unverkennbar und öffentlich stigmatisiert werden würden. Eltern würden möglicherweise versuchen, die Einschulung ihrer Kinder an diesen Schulen zu vermeiden. Einer angestrebten sozial-ausgeglichene Vermischung der Schülerschaft würde dies im Wege stehen.

Um Brennpunktschulen nachhaltig zu unterstützen, ist es zunächst notwendig, die derzeitigen Maßnahmen der Landeshauptstadt Hannover an diesen Schulen zu prüfen und auf ihren Nutzen und zu untersuchen. Darauf aufbauend können anschließend gemeinsam mit dem Land unterstützende Maßnahmen erarbeitet werden.



Jens Seidel
Vorsitzender



CDU RATSFRAKTION
HANNOVER

In den Ausschuss für Jugendhilfe
In den Sozialausschuss
In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und
Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

| |
|---------------------------------------|
| Geschäftsbereich Oberbürgermeister |
| 16. Okt. 2017 |
| 11:44 |

1800

16. Oktober 2017

Antrag gem. der Geschäftsordnung des
Rates der Landeshauptstadt Hannover

Streichung der städtischen Zuwendungen für das Jugendzentrum „Kornstraße“

Antrag zu beschließen:

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover fordert die Verwaltung auf, mit sofortiger Wirkung die städtischen Zuwendungen an das Unabhängige Jugendzentrum „Kornstraße“ ersatzlos zu streichen.

Begründung:

Der Sprecher des Unabhängigen Jugendzentrums „Kornstraße“, Herr Dirk Wittenberg, hat in der HAZ vom 2. September 2017 erklärt, man könne die Arbeit auch dann fortsetzen, wenn die Zuwendungen der Stadt nicht mehr kämen.

Da es sich bei der Unterstützung der Stadt ohnehin um eine freiwillige Maßnahme handelt, beantragen wir, da der Zuwendungsnehmer die Notwendigkeit für städtische Zuwendungen offenbar selbst nicht sieht, diese sofort und ersatzlos zu streichen.

Jens Seidel
Vorsitzender

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Gruppe LINKE & PIRATEN und der FDP und der FRAKTION

(Antrag Nr. 2494/2017 N1)

Eingereicht am 20.10.2017 um 12:20 Uhr.

Finanzausschuss, Sozialausschuss, Jugendhilfeausschuss, Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen, Internationale Ausschuss, Kulturausschuss, Gleichstellungsausschuss, Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss, Schul- und Bildungsausschuss, Sportausschuss, Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters, Organisations- und Personalausschuss, Verwaltungsausschuss, Ratsversammlung

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP und der Fraktion "Die FRAKTION" zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings

Antrag

zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Zuwendungswesen zu modernisieren. Übergeordnete Ziele der Modernisierung sind die auskömmliche Förderung der freien Träger zur Erbringung der gewünschten Leistungen, der Erhalt der Trägervielfalt, wobei kleinere Träger nicht benachteiligt werden sollten, und der möglichst effiziente, passgenaue Einsatz der kommunalen Mittel zur Erreichung der präventiven, sozialen, kulturellen und integrativen Aufgaben innerhalb der Stadtgesellschaft. Das hierfür zu erarbeitende Konzept soll den Ausschüssen und dem Rat zur Beschlussfassung spätestens vor der Sommerpause 2018 vorgelegt werden. Folgendes soll in diesem Konzept berücksichtigt werden:

1. Das Zuwendungswesen soll durch die Möglichkeit einer Online-Abgabe und digitale Verarbeitung der Zuwendungsanträge der freien Träger vereinfacht werden.
2. Das Zuwendungswesen soll durch ein verbessertes Reporting und Controlling der Anträge und der dahinterstehenden erbrachten Zuwendungszwecken und deren Erfüllung transparenter werden.

Um dies zu erreichen, sind in den Fachbereichen entsprechende Zuwendungszwecke und Förderkriterien sowie einheitliche Richtlinien und Beratungsleitfäden in den Fachbereichen selbst in Bezug auf die Beratung der Träger und der Bewilligung der Anträge im Austausch mit den Trägern zu erarbeiten und den Ratsgremien vorzulegen.

Zudem soll das Zuwendungscontrolling Informationen über Anträge, Bewilligungen bzw. Ablehnungen und ihre jeweiligen Begründungen sowie über Verwendungsnachweise und Berichte darstellen.

Außerdem soll eine klare Aufschlüsselung nach Sach- und Personalkosten sowie eine einheitliche und verbindliche Unterscheidung zwischen institutioneller Förderung und Projektförderung erfolgen. Des Weiteren soll dargestellt werden, ob und in welcher Höhe und wie lange Dritte das jeweilige Vorhaben fördern.

Dargestellt werden soll auch, welche Schwerpunkte entsprechend aktuellen stadtweiten oder stadtteilbezogenen Erfordernissen gesetzt werden. Darüber hinaus sollen auch die bestehenden Sammeltöpfe in das unterjährige Controlling einbezogen werden. Hier soll analog zu den Zuwendungsvergaben im Rahmen des Haushalts ein Controlling etabliert werden, das die gleichen Informationen bereithält wie das reguläre Zuwendungscontrolling. Auch soll der Mittelabfluss dargestellt werden.

3. Das Zuwendungsverzeichnis soll so umgestaltet werden, dass klarer erkennbar wird, in welcher Höhe Zuwendungen tatsächlich an freie Träger im Sinne der Daseinsvorsorge erfolgen und in welcher Höhe freiwillige Leistungen im Bereich der präventiven, sozialen und kulturellen Arbeit verausgabt werden.
4. Die Aufgaben, die Freien Träger übertragen werden, sollen **auskömmlich** und **bedarfsgerecht** finanziert werden. Dies wird u.a. durch eine einheitliche Beschreibung der Zweckungszwecke seitens der Verwaltung und durch die standardisierten Reportingtools für die Träger möglich. Die Zuwendungen sollen zudem mehr **Planungssicherheit** bieten.
5. Die Zuwendungsempfänger sollen verpflichtet werden, in ihrer Öffentlichkeitsarbeit darauf hinzuweisen, dass die Stadt an der Finanzierung des Projektes/der Institution beteiligt ist.
6. Reporting
Die Zuwendungsanträge sollen mess- und kontrollierbare Ziele enthalten. Zudem muss der Zweck der Trägertätigkeit konkret dargelegt werden. Im Rahmen eines kontinuierlichen Reporting sind die Zuwendungsempfänger verpflichtet, darzulegen, ob die definierten Ziele erreicht und ob die bewilligten Mittel zweck- und zielentsprechend verwendet wurden. Zuwendungsempfänger haben der Stadtverwaltung jährlich Verwendungsnachweise vorzulegen, bei institutioneller Förderung zusätzlich Jahresabschlüsse.

Begründung

Die Stadt Hannover vergibt im Zuwendungsbereich mehr als 80 Mio. Euro – davon waren in 2017 ca. 46 Mio. Euro freiwillige Leistungen. Die Finanzierung der Leistungen freier Träger ist zur Prävention, Hilfe und Unterstützung von Personen in schwierigen Lebenslagen, zur Kulturvermittlung, für Bildungsprozesse und vieles mehr unabdingbar für eine solidarische, lebendige und vielfältige Stadtgesellschaft.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Dr. Freya Markowis
Fraktionsvorsitzende

Dirk Machentanz
Gruppenvorsitzender

Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitzender

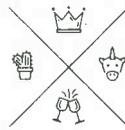
Julian Klippert
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 23.10.2017

08. Nov. 2017

per abgeben 13:02h

ESTD



2016

Die FRAKTION

HANNOVER

An den
Oberbürgermeister Stefan Schostok
Trammplatz 2
30159 Hannover

In den Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt- Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
In den Sportausschuss
In den Ausschuss für Integration Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Kulturausschuss
In den Sozialausschuss
In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Gleichstellungsausschuss
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und Rechnungsprüfung

Hannover, den 7. November 2017

Änderungsantrag § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur Drucksache
Nr. 2494/2017:

Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings

Antrag zu beschließen:

Der Rat möge beschließen, den Antrag wie folgt zu ändern:

1. Das Zuwendungswesen soll vereinfacht werden, z.B. **insbesondere** durch eine Online-Abgabe und digitale Verarbeitung der Zuwendungsanträge der Freien Träger, **sowie durch eine größtmögliche Vereinheitlichung der Anträge auf Zuwendungen von Land, Region und LHH.**
4. Die Aufgaben, die Freien Träger übertragen werden, sollen auskömmlich und bedarfsgerecht finanziert werden. Dies wird durch eine einheitliche Beschreibung der Zweckungszwecke seitens der Verwaltung und die standardisierten Reportingtools für die Träger möglich. Die Zuwendungen sollen **den freien Trägern zudem mehr eine Planungssicherheit von mindestens 3 Jahren** bieten.

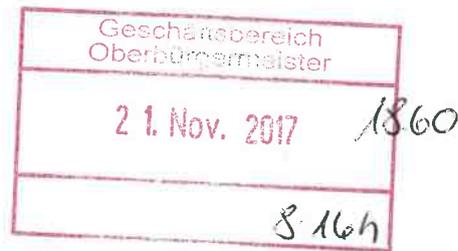
Begründung:

Erfolgt mündlich.

Julian Klippert
Fraktionsvorsitzender

Die FRAKTION
Wagenerstr. 9 A
30169 Hannover

0511 168-318 32
die.fraktion@hannover-rat.de
www.diefraktion-hannover.de



In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
In den Gleichstellungsausschuss
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- & Liegenschaftsangelegenheiten
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters
In den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Sportausschuss
In den Organisations- und Personalausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation
In den Kulturausschuss
In den Sozialausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

21. November 2017

Änderungsantrag

gemäß der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zu Drucks. Nr. 2494/2017 (Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings)

Der Antragstext wird wie folgt geändert:

Antrag,
zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Zuwendungswesen zu modernisieren. Übergeordnete Ziele der Modernisierung sind die auskömmliche Förderung der Freien Träger zur Erbringung der gewünschten Leistungen und der möglichst effiziente, passgenaue Einsatz der kommunalen Mittel zur Erreichung der präventiven, sozialen, kulturellen und integrativen Aufgaben innerhalb der Stadtgesellschaft. Dabei soll die Nutzung von Synergieeffekten zwischen Trägern mit ähnlichem Profil angestrebt werden. Das hierfür zu erarbeitende Konzept soll den Ausschüssen und dem Rat zur Beschlussfassung spätestens vor der Sommerpause 2018 vorgelegt werden. Folgendes soll in diesem Konzept berücksichtigt werden:

1. Das Zuwendungswesen soll durch eine Online-Abgabe und digitale Verarbeitung der Zuwendungsanträge der Freien Träger vereinfacht werden.

Fraktion der Christlich-Demokratischen Union im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Vorsitzender: Jens Seidel

Osterstraße 60 Telefon (0511) 168-4 55 28 e-mail: cdu@hannover-stadt.de

30159 Hannover Telefax (0511) 168-4 50 51 internet: www.cdu-hannover.de

2. Das Zuwendungswesen soll durch ein verbessertes Reporting und Controlling der Anträge und der dahinterstehenden erbrachten Zuwendungszwecke und deren Erfüllung transparenter werden. Um dies zu erreichen, sind in den Fachbereichen entsprechende Zuwendungszwecke und Förderkriterien sowie einheitliche Richtlinien und Beratungsleitfäden in Bezug auf die Beratung der Träger und die Bewilligung der Anträge zu erarbeiten und den Ratsgremien vorzulegen.

Zudem soll das Zuwendungscontrolling Informationen über Anträge, Bewilligungen bzw. Ablehnungen und ihre jeweiligen Begründungen sowie über Verwendungsnachweise und Berichte darstellen.

Außerdem soll eine klare Aufschlüsselung der Sach- und Personalkosten sowie eine einheitliche und verbindliche Unterscheidung zwischen institutioneller Förderung und Projektförderung erfolgen. Des Weiteren soll dargestellt werden, ob und in welcher Höhe und wie lange Dritte das jeweilige Vorhaben fördern.

Dargestellt werden sollen auch, welche Schwerpunkte entsprechend aktuellen stadtweiten oder stadtteilbezogenen Erfordernissen gesetzt werden. Darüber hinaus sollen auch die bestehenden Sammeltöpfe in das unterjährige Controlling einbezogen werden. Hier soll analog zu den Zuwendungsvergaben im Rahmen des Haushalts ein Controlling etabliert werden, das die gleichen Informationen bereithält wie das reguläre Zuwendungscontrolling. Auch sollte der Mittelabfluss dargestellt werden.

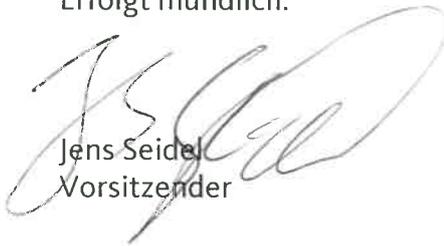
3. Das Zuwendungsverzeichnis soll so umgestaltet werden, dass klarer erkennbar wird, in welcher Höhe Zuwendungen tatsächlich an Freie Träger im Sinne der Daseinsvorsorge erfolgen und in welcher Höhe freiwillige Leistungen im Bereich der präventiven, sozialen und kulturellen Arbeit verausgabt werden.
4. Die Aufgaben, die Freien Trägern übertragen werden, sollen auskömmlich und bedarfsgerecht finanziert werden. Dies wird u.a. durch eine einheitliche Beschreibung der Zuwendungszwecke seitens der Verwaltung und durch die standardisierten Reportingtools für die Träger möglich. Die Zuwendungen sollen zudem mehr Planungssicherheit bieten, indem die Zuwendungen grundsätzlich ab 2019 für 3 Jahre gewährt werden, sofern der Bedarf weiterhin besteht und laufend nachgewiesen wird.
5. Die Zuwendungsempfänger sollen verpflichtet werden, in ihrer Öffentlichkeitsarbeit darauf hinzuweisen, dass die Stadt an der Finanzierung des Projektes/der Institution beteiligt ist.
6. Reporting
Die Zuwendungsanträge sollen mess- und kontrollierbare Ziele der Trägertätigkeit enthalten. Zudem muss der Zweck der Trägertätigkeit konkret dargelegt werden. Darüber hinaus muss erläutert werden, wieso die angegebenen Ziele und Zwecke im erheblichen Interesse der Landeshauptstadt Hannover liegen. Im Rahmen eines kontinuierlichen Reportings sind die Zuwendungsempfänger verpflichtet, darzulegen, ob die definierten Ziele erreicht und ob die bewilligten Mittel zweck- und zielentsprechend verwendet wurden. Der Zuwendungsempfänger hat der Stadtverwaltung jährlich Verwendungsnachweise sowie einen Jahresabschluss vorzulegen.

7. Aktives Controlling

Die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Hannover muss ein aktives Controlling durchführen und überprüfen, ob die Zweckungszwecke weiterhin im erheblichen Interesse der Landeshauptstadt Hannover liegen und die Mittel in dem beantragten Umfang weiter erforderlich sind. Außerdem muss kontrolliert werden, ob Zuwendungsempfänger bislang ihren Verpflichtungen zum ordnungsgemäßen Nachweis der Zielerreichung und zweckentsprechenden Mittelverwendung nachgekommen sind.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Jens Seidel
Vorsitzender